

SÜDKURIER

Waldshut-Tiengen

Geplantes Atom-Endlager: Diskussion um die Meinungen von Minderheiten

18.01.2013



Gesprächsbedarf bei der Standortsuche für ein Schweizer Atomendlager: Wunsch nach unabhängigem Überwachungsgremium.

Es knirscht im Getriebe der Regionalkonferenzen, die bei der Standortsuche für ein Schweizer Atomendlager in den grenznahen vier von schweizweit insgesamt sechs zur Diskussion stehenden Gebieten das Für und Wider der Regionen einbringen und zu einvernehmlichen Lösungsvorschlägen kommen sollen. Sand im Getriebe soll das Nichtberücksichtigen von Minderheitsmeinungen sein.

Bei etlichen Regionalkonferenzmitgliedern aus den deutschen Gemeinden machen sich deshalb sogar Rückzugsgedanken aus den Konferenzen breit. Das sagen zumindest die drei Dutzend Vertreter solcher Minderheitsmeinungen, die sich am Donnerstag auf Einladung der vom Landkreis Waldshut eingerichteten Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager im Landratsamt Waldshut trafen um dort den Umgang mit solchen Minderheitsmeinungen mit den Nuklear- und Geologieexperten Marcos Buser (Schweiz) und Jürgen Kreusch (Deutschland) sowie mit Michael Aebbersold, dem Leiter der Sektion Entsorgung radioaktive Abfälle beim Schweizer Bundesamt für Energie (BFE) zu diskutieren. Moderiert hat Peter Hocke-Bergler vom Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung.

Buser, der selbst aus Protest wegen Nichtberücksichtigung von Minderheitsvoten aus der Schweizer Kommission für nukleare Sicherheit ausgetreten und den beteiligten Schweizer Behörden Verfilzung vorgeworfen hatte, brachte diese Kritik in anderen Worten auch in Waldshut vor: „Der Umgang mit Kritik hat System. Zuhören ja, annehmen nein“, so Buser. Wie auch Kreusch forderte Buser für das Endlagersuchverfahren ein unabhängiges Überwachungsgremium von Experten, mit Kompetenz auch in Entscheidungen des BFE einzugreifen.

Die Schweizer Atomaufsicht Ensi, die Aebbersold als Expertengremium ins Feld führte, sei nicht unabhängig genug. Unabhängige Kontrolle, klare Ziele und Abbau von Zeitdruck nannte Kreusch, auf Fragen und Schilderungen aus der Zuhörerschaft eingehend, als Voraussetzung, Vertrauen für das Suchverfahren aufzubauen und Akzeptanz zu schaffen. Aebbersold versicherte, dass auch Minderheitsmeinungen in den Entscheidungsprozess beim BFE einfließen würden. Eine Grundsatzdiskussion über das vom Schweizer Bundesrat beschlossene Entsorgungskonzept, zum Beispiel über die Rückholbarkeit der Atomabfälle, hat nach Aebbersold in den Regionalkonferenzen allerdings keinen Platz. Versöhnlich der Schlusssatz des BFE-Vertreters: „Wir müssen etwas dazulernen, aber vielleicht muss auch die andere Seite dazulernen.“

Alles rund um die Endlager-Pläne:

www.suedkurier.de/atom-endlager